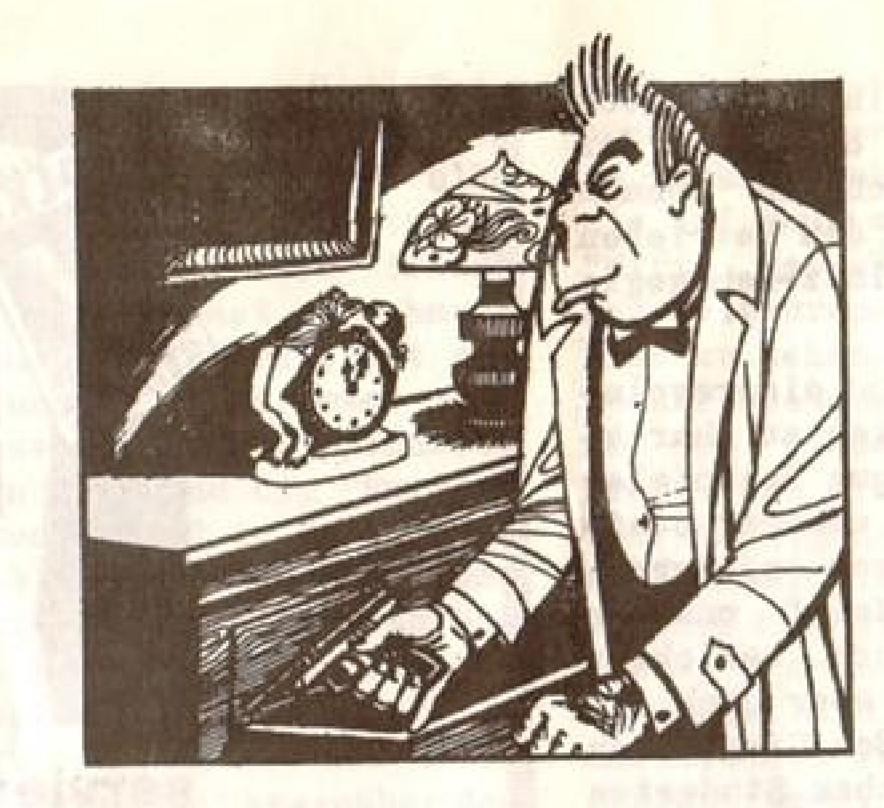
Der Griff in die unterste Lade

des Kapitalismus



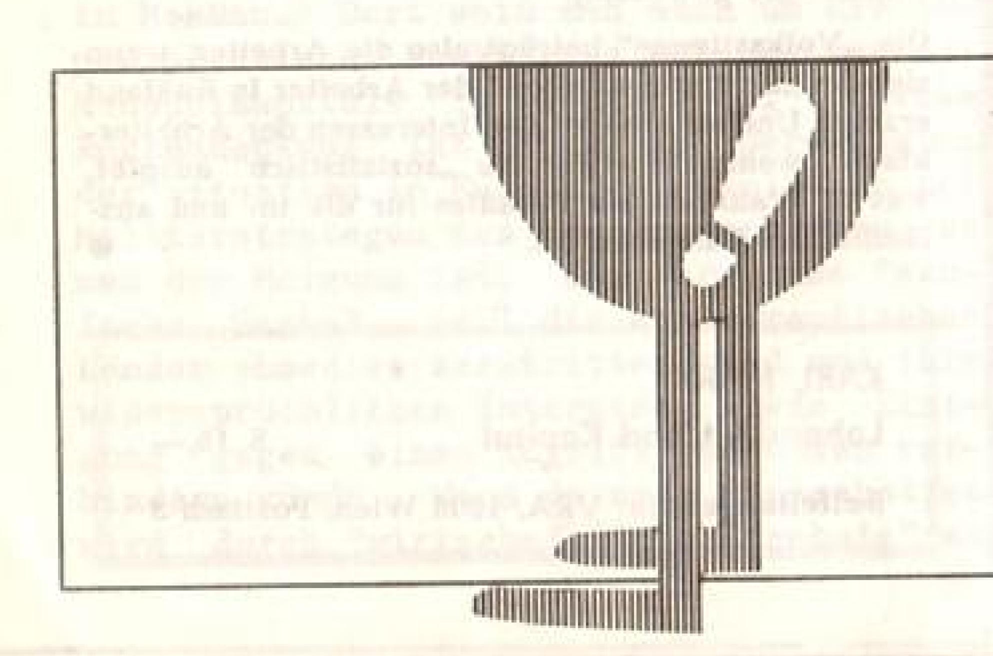
„Der Mensch ist schlecht; also handeln wir danach", heißt ein altes Unternehmerwort. Und die Welt der Unternehmer sieht auch entsprechend aus, denn schließlich fußt sie ja wirklich auf einer menschlichen Schwäche: auf der Habgier. Während jedoch die oberen Zehntausend — die Gauner mit den weißen Westen — sich ganz legal bereichern können, haben es die unteren Zehntausend — die kleinen kriminellen Gauner — schon viel schwerer, der Habgier zu frönen. Die Oberwelt hat nämlich das gesetzlich verbriefte Recht, durch Ausbeutung der großen Masse der Arbeiter Geld zu scheffeln. Die Unterwelt dagegen hat ihre liebe Not mit der Aneignung fremder Werte, denn der kapitalistische Staat, der einerseits den legalen Diebstahl als „freie Wirtschaft" beweihräuchert, schützt anderseits den heiligen Privatbesitz. Besonders den der Reichen. So kann's beispielsweise auch passieren, daß ein Eigentumsdelikt mitunter strenger bestraft wird als ein Totschlag. Was wiederum bezeichnend ist für jene Leute, die unsern Staat regieren: Daß ihnen Besitz mehr wert ist als ein Menschenleben.

Der Diebstahl, ob legal oder nicht, ist jedenfalls ein Markenzeichen des Kapitalismus. Und nicht ‚der Mensch' ist schlecht; schlecht ist die Gesellschaftsordnung. In China etwa, wo kein Mensch mehr das Recht hat, einen andern Menschen legal zu bestehlen, dort tut's auch illegal fast keiner mehr. Alle Journalisten — auch die konservativen —, die in den letzten Jahren China besucht haben, bestätigen, daß es in der Volksrepublik keine nennenswerte Kriminalität mehr gibt.

Womit wir nun zwangsläufig auf die Sowjetunion zu sprechen kommen, denn dort war schon vor Jahrzehnten die Kriminalität verhältnismäßig gering gewesen. Seitdem allerdings eine neue Oberschicht von Polit-Managern die Macht ergriffen hat und sich so wie in einem kapitalistischen Staat bedenkenlos bereichert, seitdem nimmt auch die Zahl der Verbrechen wieder zu. Die Bankräuber vermehren sich wie die Kaninchen, und bewaffnete Überfälle auf Lohngeldtransporte nehmen fast schon „westliche" Ausmaße an. Sogar die Wissenschafter sind korrupt, stellt die „Komsomolskaja Prawda" betrübt fest. Anstatt am sturmumtobten, ungemütlichen Anzogenpaß ihrer Arbeit nachzugehen, verpraßten nämlich 30 Angestellte eines Energieforschungsinstituts die für Forschungszwecke vorgesehenen Millionen. Na, und wem auch das süße Leben nicht mehr aufregend genug ist, der geht eben auf Menschenjagd. So wie die sieben besoffenen Jugendlichen aus Nowosibirsk, die „aus Spaß" die Ehrenwachen vor dem Grabmal der Gefallenen des Zweiten Weltkriegs niederschossen.

Nun haben die neuen Zaren ja einst damit geprahlt, sie würden die Vereinigten Staaten von Amerika ein- und überholen. Wirtschaftlich sind sie noch weit davon entfernt, aber kriminell haben sie's schon fast geschafft.





Der Arbeiter Dimitrij berichtet seinem Kollegen Iwan aufgeregt eine Neugkeit: „Du, Iwan, Du hast den 2. Preis des Preisausschreibens gewonnen. Eine Woche Urlaub in Moskau und als Höhepunkt Händeschütteln mit Breschnew." Iwan flüstert entsetzt: „Dem will ich aber nicht die Hände schütteln, den will ich lieber in den Hintern treten."

Dimitrij: „Das darfst Du nicht, das ist der 1. Preis."

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 84 · März 1974



Er bemüht sich ... für die Unternehmer

Der Handelsminister serviert den Erdölgiganten die Millionen.

Mehr darüber auf Seite 9.





Geschäft mit der Notlage

Steigende Verelendung der Massen, Hungersnöte und Arbeitslosigkeit, das ist das Bild, welches Indien heute bietet. Im Jänner dieses Jahres kam es in weiten Gebieten Indiens zu gewaltigen Streikbewegungen und Massenkämpfen, an denen Millionen von Arbeitern teilnahmen. Diese Massenkämpfe waren die Antwort des Volkes auf die von Jahr zu Jahr steigenden Preise (diese stiegen 1973 in manchen indischen Bundesstaaten um nahezu 25 Prozent!) und die durch die Mißwirtschaft der Gandhi-Regierung hervorgerufene Nahrungsmittelknappheit. Am Ende des Jahres 1973 wurde die elende Lage der indischen Werktätigen noch mehr verschärft, als in einigen indischen Staaten die Nahrungsmittelrationen für die Hungernden gekürzt oder überhaupt eingestellt wurden. Die großen Demonstrationen Anfang Jänner wurden von Armee- und Polizeieinheiten blutig unterdrückt, hunderte Menschen wurden niedergeschossen, tausende eingekerkert.

Vor diesem Hintergrund intensiviert sich die indisch-russische "Zusammenarbeit", die Ausplünderung des Landes durch den russischen Imperialismus.

Erst vor kurzem, am 21. Jänner, wurde in Neu-Delhi vom stellvertretenden russischen Außenhandelsminister Grischin und seinem indischen Kollegen Shah ein langfristiges Handelsprotokoll unterzeichnet, in welchem festgelegt wird, daß Rußland in diesem Jahr zwei Millionen Tonnen Erdöl nach Indien verschiffen wird. (Im vergangenen Jahr waren es 600.000 Tonnen). Rußland hat es also sehr gut verstanden, die Notlage des von der künstlichen Ölkrise schwer betroffenen Indiens für seine Zwecke auszunützen und in ein Bombengeschäft umzumünzen. Rußland verkauft nämlich Erdöl an Indien um zirka 30 Prozent teurer als z.B. an die deutsche Bundesrepublik.

Während Rußland so im Ölgeschäft Profite scheffelt, sabotiert es die indische Ölförderung.

Die "Arbeit" der russischen Experten in Indien erinnert an deren Verhalten in der Volksrepublik China Ende der fünfziger Jahre. Auch da erklärten russische Experten, es sei kein Öl vorhanden, chinesische Arbeiter und Techniker fanden dann jedoch binnen weniger Monate neue Lagerstätten.

Während die Kremlherren Indiens Wirtschaft sabotieren und plündern, rüsten sie Indien weiter auf, um China auch vom Süden und Südwesten bedrohen zu können. Diese Militarisierung hat maßgeblich dazu beigetragen, die Wirtschaftskrise in Indien zu verschärfen. Die wachsende Ausbeutung treibt die indischen Werktätigen zum Kampf. Die gewaltigen Streikbewegungen und Hungerrevolten, die das Land von Bombay bis Kalkutta erschüttern, sind ein Zeichen für das Erwachen des indischen Volkes, das immer weniger gewillt ist, zu hungern und elendiglich zu verkommen, nur damit ein kleines Häuflein von ausländischen Imperialisten und indischen staatlichen und privaten Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzern auf seine Kosten kommt. Der Widerstand gegen die volksfeindliche Regierung und deren Politik der Unterordnung unter den Willen und die Absichten der russischen Sozialimperialisten wächst. ●



Nur die Einheit macht stark

Ganz klar ist die Notwendigkeit einer wahrhaft revolutionären Partei des österreichischen Proletariats, basierend auf dem Marxismus-Leninismus. Diese Partei existiert noch nicht. Eine solche Partei kann nur entstehen, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der praktischen Bewegung der Arbeiterklasse in Österreich verbunden wird.

Gegenwärtig ist die marxistisch-leninistische Bewegung in Österreich noch recht schwach. Am stärksten ist sie unter den Studenten verankert. Auf Hochschulboden ist in den letzten zwei Jahren diesbezüglich eine rasche Entwicklung vor sich gegangen. In ständigen ideologischen Kämpfen haben sich auf allen Hochschulen marxistisch-leninistische Gruppen herausgebildet, die die Schwächen der Studentenbewegung aus der Vergangenheit weitgehend überwunden haben und dementsprechend auch Erfolge aufweisen. Die Hochschulwahlen im Jänner waren ein offensichtlicher Beweis dafür. In außerordentlichem Maße verlagern diese Gruppen ihre Aktivität in die Betriebe, was vollkommen richtig ist und unter der herrschenden Klasse beträchtliche Unruhe hervorruft.

Demgegenüber konnte die Entwicklung einer starken Arbeiterorganisation, ausgerichtet auf den Marxismus-Leninismus, nicht Schritt halten. Es ist auch nicht zur Bildung von kleineren, örtlichen Gruppen dieser Art gekommen. Ohne Übertreibung und Selbstbeweihräucherung können wir sagen, daß diesbezüglich nur unsere Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) existiert. Mit Landesgruppen in einigen Bundesländern sowie Stützpunkten in einigen Städten und Betrieben haben wir das Auf und Ab unseres Kampfes erlebt. Neben beachtlichen Erfolgen mußten wir auch empfindliche Rückschläge in Kauf nehmen. Man kann auf keinen Fall sagen, daß unsere Organisation in der Lage ist, die Aufgaben einer revolutionären Avantgarde innerhalb der Arbeiterschaft auch nur annähernd zu erfüllen.

Es steht zweifellos fest, daß die Spaltung der jungen marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs in den sechziger Jahren noch immer Nachwirkungen zeigt. Sie hatte ihre Ursachen darin, daß damals von Anfang an keineswegs noch die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung erkannt wurden. So konnten neuerlich revisionistische Karrieristen allerübelsten Schlages eine dominierende Rolle spielen. Von der Großen Proletarischen Kulturrevolution bis zum 1o. Parteitag der KP Chinas ziehen sich allgemeingültige Lehren, die uns heute begangene Fehler und Schwächen in klarem Licht erscheinen lassen.

Die VRA kann aber für sich ein Verdienst in Anspruch nehmen. Sie hat stets unter den schwierigsten Bedingungen die rote Fahne des Marxismus-Leninismus hochgehalten. Sie hat damit einen entscheidenden Beitrag dafür geleistet, daß unter der revolutionären Jugend ein ideologischer Klärungsprozeß vor sich geht.

Es geht um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten

Gegenwärtig ist die Einheit aller österreichischen Marxisten-Leninisten besonders wichtig. Die Einheit jener, die wirklich gegen den Revisionismus kämpfen und die Ideen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung auf die Verhältnisse unseres Landes anwenden wollen. Warum? Kommt es nicht zu dieser Einheit und letzten Endes in ihrem Gefolge und in der Verbindung mit den Klassenkämpfen der Arbeiterschaft zur Schaffung der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei, dann droht die ernste, durchaus reale Gefahr, daß die kommenden wirtschaftlichen und politischen Krisen zu einem Aufkommen und Erstarken faschistischer Strömungen führt,

durch welche die enttäuschten und unzufriedenen Massen eingefangen werden.

Spricht man von Einheit, so ist notwendig, sich über diesen Begriff klar und einig zu werden. Erstens gibt es die Einheit der revolutionären Arbeiterpartei und zweitens gibt es eine Aktionseinheit dieser Partei bzw. jener Kräfte, die die Schaffung dieser Partei anstreben, mit Andersgesinnten in bestimmten Fragen.

Strebt man die Einheit mit Andersgesinnten in bestimmten Fragen an, so ist klar, daß man alles ausklammern soll, was nicht zu dieser Frage gehört und die Teilnehmer der betreffenden Aktionseinheit trennt. Man muß sich vielmehr auf jene Fragen orientieren, die außer Diskussion stehen. Dabei darf es aber nicht vorkommen, daß man grundlegende, entscheidende Fragen nicht anschneidet, weil man eine "weitere, größere Einheit" anstrebt. Diese "Einheit" kann nur fadenscheinig sein, ist letzten Endes ohne Wirkung.

Nehmen wir ein Beispiel: In der Frage des Kampfes um Aktionseinheit für die Unterstützung der palästinensischen Revolution und des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker ist es falsch, im Interesse einer Einheit mit revisionistischen Organisationen darauf zu verzichten, die Rolle des russischen Sozialimperialismus aufzuzeigen. Denn gerade der Kampf gegen diese Form des Imperialismus in unserer Zeit ist ein wesentlicher Bestandteil des Freiheitskampfes der Palästinenser und des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker. Folglich ist eine Ausklammerung des Kampfes gegen den Sozialimperialismus nicht gleichbedeutend mit der Ausklammerung von Meinungsverschiedenheiten, welche mit dem gegebenen Anlaß keine Beziehung hätten.

Nehmen wir die andere Art von Einheit, die Einheit der Marxisten-Leninisten untereinander, wenn sie in der revolutionären Partei zusammengeschlossen sind. Hierbei muß man zweierlei unterscheiden:

1. Eine solche Einheit kann nur auf der Basis eines gemeinsamen ideologischen Ausgangspunktes und eines gemeinsamen Kampfzieles begründet sein. Sie kann nur eine Einheit gemeinsamer Erkenntnisse und gemeinsamen Handelns sein. Nur so kann eine prachtvolle Kampfpartei des Proletariats entstehen und existieren. Das ist selbstverständlich klar.

2. Andererseits wissen wir, daß sich die Widersprüche in der Gesellschaft unvermeidlich auch innerhalb der revolutionären Partei des Proletariats widerspiegeln. Daraus folgt: Eine absolute Einheit, eine ungetrübte, harmonische Einheit für alle Ewigkeit kann es naturgemäß in einer wirklich kommunistischen Partei, die sich auf die Grundsätze des Marxismus-Leninismus gründet, niemals geben. Auch in ihr muß es ständig ideologische Auseinandersetzungen geben, entsteht die Einheit der Partei immer wieder durch Kampf zweier Linien, der proletarisch-revolutionären Linie mit der bürgerlich-reaktionären Linie. Anders ist es unmöglich, die Praxis durch die Theorie zu beweisen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß eine Einheit unmöglich wäre. Ganz im Gegenteil! Die Einheit ist nicht nur notwendig, sondern sie ist auch absolut möglich. Und zwar gerade durch den Kampf für die Anwendung der wissenschaftlich-sozialistischen Auffassung, durch den Sieg dieser Auffassung über klassenfremde Auffassungen. Wenn wir also vom Kampf innerhalb der Einheit sprechen, dann meinen wir zugleich den Kampf um diese Einheit, einen Kampf für die Herstellung und Festigung dieser Einheit.

Sinn dieses Artikels soll es nicht sein, diese beiden Extreme der Einheit "klarzustellen". Auf Grund der Erfahrungen und deren Analyse auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus kann jeder ehrliche Marxist-Leninist die gleichen Schlüsse ziehen. Es geht uns vielmehr um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Diese Einheit, die wir momentan für notwendig halten, ist weitaus mehr als eine Aktionseinheit im ausgeführten Sinn, aber naturgemäß auch noch nicht die Einheit innerhalb einer bereits geschaffenen marxistisch-leninistischen Partei. Sie kommt aber letzterer Form der Einheit weitaus näher, als sie gerade diese anstrebt. Und im Hinblick auf dieses Streben sollte sie geschlossen werden.

Wir sind der Meinung, daß die drei Prinzipien Mao Tsetungs, die den Arbeiten des 10. Parteitages der KP Chinas zugrundelagen, für die gegenwärtig in Frage kommende Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten maßgeblich sein können. Sie lauten: "Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen."

Wir sind überzeugt, daß diese drei Prinzipien Mao Tsetungs von allen österreichischen Marxisten-Leninisten gleichermaßen verstanden werden. Es scheint uns die Zeit reif, sie in Österreich, auf unsere Verhältnisse angewandt, in die Tat umzusetzen. Wir schlagen rasche Initiativen vor, damit die österreichischen Marxisten-Leninisten gemeinsam darüber diskutieren können. Nicht über in der Luft hängende Fragen, sondern über solche, die mit unseren praktischen Aufgaben zusammenhängen.

Als VRA (ML) haben wir wiederholt festgestellt, daß wir niemals Anspruch darauf erhoben haben, den Marxismus-Leninismus gepachtet zu haben. Wir haben niemals für uns einen Führungsanspruch reklamiert. Wofür wir eintreten und stets beharrlich eintreten werden, das ist die objektive Wahrheit, die sich in den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus spiegelt. Wofür wir ferner eintreten, das ist für eine Politik im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes, der ganzen Welt.

Wir sind schließlich gegen jede Gruppenmentalität und jeden Gruppenegoismus. Denn das werktätige österreichische Volk braucht die Einheit der Marxisten-Leninisten. ●

Zauberwort Krise



Wir von der VRA könnten, wenn wir wollten, uns jetzt wieder in die Brust werfen und stolzgeschwellt rufen: „Na, bitte, was haben wir gesagt!" Denn schon im November und Dezember 1973 erklärten wir in unseren Zeitschriften und auf einem Flugblatt, daß es nicht die Araber waren, die Österreich den Ölhahn zudrehten, und daß es genau so wenig die kleinen Hamsterer waren, die das letzte Körnderl Reis von den Geschäftsregalen pickten und den letzten Liter Heizöl aus der Zapfsäule zuzelten.

Was aber behaupteten damals die Massenmedien? Ganz „unabhängig" voneinander erzählten sie alle dieselbe Mär vom geldgierigen Ölscheich und vom hysterischen Hamsterer, und die ORFschen Mattscheiben malten derart grau in grau, daß den Zuseher das Grauen packte. Es werde bald kein Benzin mehr geben, „unser" Fremdenverkehr läge darnieder, Arbeitslosigkeit drohe und die Autohändler machten bereits kein Geschäft mehr. Sowohl der von ÖVP-Freunden ernährte „Kurier" als auch die von SP-nahen Geldern gemästete „Kronen-Zeitung" fanden sich in ein und derselben Front und zeichneten die Modefarbe Grau mit Druckerschwärze kräftig nach. Schwarz in schwarz. Und kein einziger der ach so freien Journalisten will damals davon gewußt haben, daß Grauschleier und Schwarzmalerei nur als Vorwand für Preissteigerungen dienten.

Was aber hat sich inzwischen herausgestellt? Daß die Tanks der großen Mineralölfirmen stets voll waren. So randvoll, daß sich der Staribacher seinen Pickerl-Kabarettgspaß ruhig hätte schenken können. (Wodurch dem Finanzminister allerdings ein paar Millionen Schilling für die Erteilung von Sondergenehmigungen entgangen wären.) Die Fremdenverkehrswirtschaft wiederum hat ein besseres Geschäft gemacht als im Vorjahr. Nur bei den Autohändlern hat die Kassa nicht geklingelt, was jedoch nichts besagt, denn der Winter ist in dieser Branche schon immer die tote Saison gewesen. Gewissermaßen als ausgleichende Gerechtigkeit sind fürs Frühjahr deshalb für die nun angepriesenen energiesparenden Kleinautos schon höhere Preise angekündigt.

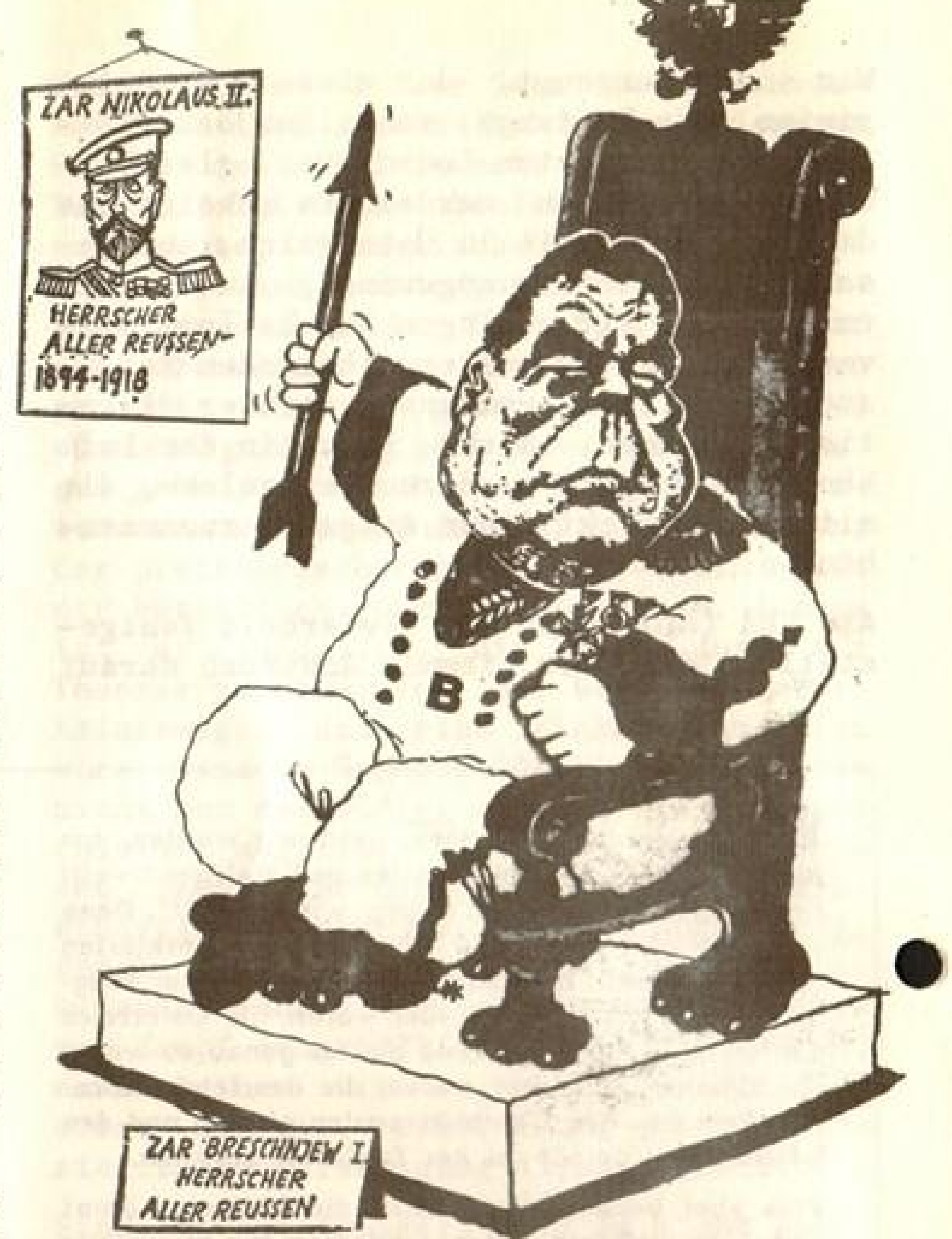
Mit dem Zauberwort Krise ziehen die modernen Magier also fette Karnickel aus dem Zylinderhut. Und sie erwarten sich noch dazu ein freudiges „Jöl" des Publikums, wenn in den Regalen plötzlich, hokuspokus, wieder genug Reis vorhanden ist — fast doppelt so teuer als vorher. ●

Wird es immer Machthaber geben?

„Nie wird es das geben, daß Arbeiter über ihr Schicksal selbst bestimmen können. Es wird immer so sein, daß 'oben' welche bestimmen und nichts arbeiten, die Mehrheit aber 'unten' zum Untertanenschicksal verurteilt ist. Auch wenn Arbeiter 'ans Ruder' kommen, wird sich daran nichts ändern. Sie werden so werden - wenn nicht noch schlechter - wie es die Kapitalisten jetzt sind." So, oder in ähnlicher Form, hören wir es immer wieder, wenn wir mit unseren Arbeitskollegen über die Notwendigkeit reden, dieses kapitalistische System zu ändern in die wirkliche Volksmacht. Wenn wir unsere Vorstellungen entwickeln, wie eine solche Volksmacht aussehen soll, finden wir Zustimmung. Daß so etwas aber Wirklichkeit werden kann, ist vorläufig für viele Werktätige in Österreich - sagen wir ruhig für die meisten - noch nicht vorstellbar.

Das berechtigt uns absolut nicht, die österreichische Arbeiterklasse als "korrumpiert", "bequem", nicht revolutionär einzuschätzen. Für viele Pseudorevolutionäre ist das ja ein beliebtes Argument, die eigene Tatenlosigkeit zu entschuldigen. Für viele abenteuerliche und anarchistische Elemente ist das der vorgegebene Grund ihrer letzten Endes konterrevolutionären Aussagen und Handlungen.

Durchleuchtet man die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, so wird vieles verständlich: 1918 wollten die Arbeiter die Revolution, wollten sie dem Beispiel der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland folgen. Dieses Wollen der österreichischen Arbeiter wurde damals von den Führern der Sozialdemokratie



verraten und verkauft. Genauso, wie in den zwei Jahrzehnten danach der letzte revolutionäre Funke des Widerstands gegen das erstarkende und immer mehr zum Faschismus übergehende kapitalistische System zertreten wurde. Verrat! Verrat! Immer wieder Verrat! Das waren die Erkenntnisse, die die österreichischen Arbeiter ziehen konnten, wenn sie die Handlungen ihrer sogenannten "Führer" einer Analyse unterzogen.

Es ist der Verrat an der Arbeiterklasse durch die SP-Führer, der auch wieder nach 1945 der Arbeiterbewegung in Österreich das Gepräge gab. Und seit dem 2o. Parteitag der KPdSU gesellt sich dazu, daß "auch der Kommunismus kein Ausweg" sein kann. Denn zur faschistischen, kapitalistischen Hetze gegen die Arbeitermacht kam die abstoßende, immer mehr zum Imperialismus entartende Praxis der verräterischen neuen Führer der Sowjetunion. Wo anfangs nur über die "Form des Weges" zu Sozialismus und Kommunismus diskutiert wurde - dieses Ziel war für die Arbeiterschaft klar - machte sich zusehends Resignation breit.

Wo und wie sollte die Volksmacht verwirklicht werden, wo doch die Dreckkübel, die Chruschtschow über der Sowjetunion ausleerte, die Hetze der Feinde des Sozialismus zu bestätigen schienen?

Es ist also kein Wunder, daß heute die herrschende Kapitalistenklasse nach wie vor damit spekuliert, mit einer SP-Regierung das arbeitende Volk beherrschen, belügen und betrügen, aus ihm horrende Profite scheffeln zu können, weil sie das "kleinere Übel" darstellt.

Die zu Beginn erwähnten Aussprüche bestätigen aber nur unsere Einschätzung, daß Österreich keine "Insel der Glückseligkeit" ist. Aus welchen Gründen sollten denn unsere Arbeitskollegen zu diesen Aussprüchen kommen, als aus solchen, daß sie sich Gedanken machen darüber, wie es weitergehen soll? Weil sie in zunehmendem Maße die Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems erkennen, beschäftigen sie sich mit einem Ausweg. Daß die arbeitenden Menschen dabei noch sehr wenig Vertrauen in ihre eigene Kraft haben, daß sie sich noch nicht zum revolutionären Kampf entschließen können, ändert nichts an dieser Tatsache. Solche Aussprüche müssen uns mit Zuversicht erfüllen.

Die Dinge drehen sich in ihr Gegenteil um. Sagen die Arbeiter heute: "sind wir froh, daß es nicht schlechter wird", werden sie bald erkennen, daß es mit der Zeit unhaltbar wird, wie sich die Dinge im Kapitalismus entwickeln. Glauben sie heute noch, daß "immer Machthaber sein werden", werden sie sich morgen überlegen, ob nicht andere Möglichkeiten auch gegeben sind. Dazu kommen sie durch ihre Überlegungen an Hand ihrer praktischen Erfahrungen aus dem täglichen Leben.

Und dieses "tägliche Leben" macht den arbeitenden Menschen in zunehmendem Maße klar, daß Österreich nicht der "Wohlfahrtsstaat" ist, als der es immer ausgegeben wurde. Je mehr die kapitalistische Konkurrenz ihre Krisenerscheinungen verschärft, desto offensichtlicher wird der Betrug werden, desto stärker die Unterdrückung. Das wird aber gleichzeitig zum verstärkten, kämpferischen Widerstand dagegen führen. Dabei unsere marxistisch-leninistische Linie anzuwenden und in die arbeitenden Massen zu tragen, ist eine klare Sache. Neben der Erkenntnis über die Notwendigkeit des Kampfes für ihre Interessen werden wir aber den arbeitenden Menschen auch die über ihre glänzende Perspektive begreiflich machen können, die in Form der Machtergreifung besteht.

Diesbezüglich haben wir ein "heißes Eisen" im Feuer. Nehmen wir die Volksrepublik China her. Dort beweist der wissenschaftliche Sozialismus seine gewaltige Lebens- und Überzeugungskraft. In China manifestiert sich heute der Ausweg für die arbeitende Menschheit. Die Große Proletarische Kulturrevolution hat den Weg gewiesen, wie die proletarische Macht erhalten und gefestigt werden kann. Und am 10. Parteitag der KP Chinas wurde sozusagen "gesetzlich" festgelegt, daß die Arbeiterklasse das verbriefte Recht hat, gegen neue, den kapitalistischen Weg gehende Machthaber zu rebellieren. Und der "Kampf zwischen den zwei Linien", der in China erfolgreich zu Gunsten der Arbeiterklasse geführt wird, beweist, daß die Praxis damit vollkommen übereinstimmt. Der Kampf gegen Liu Schao-tschi, Lin Biao und ihre verräterischen Ansichten, wonach die arbeitenden Massen noch nicht "reif" wären, mit der Entwicklung der Produktionsmittel, d.h. der Wissenschaft und Technik, Schritt zu halten, was bedeuten würde, daß nur einige "Auserwählte" die Kommandostellen innehaben können, ist der Ausdruck dessen, daß dem werktätigen Volk die wirkliche Macht überlassen wird. Und in glänzender Weise beweist dieses chinesische Volk, daß es befähigt ist zur Machtausübung und dazu, die sozialistische Revolution im Interesse der werktätigen Bevölkerung vorwärts zu treiben. Es ist damit Leuchtturm und Symbol für die gesamte arbeitende Menschheit, Quelle der Kraft, die die Völker der Welt in ihrem erfolgreichen antiimperialistischen Kampf entwickeln.

Die allgemeingültigen, marxistisch-leninistischen Erfahrungen der sozialistischen Revolution in China, propagiert und angewendet auf die konkreten Verhältnisse unseres Landes, werden uns den Kampf außerordentlich erleichtern. Den Kampf darum, daß auch wir arbeitenden Menschen in unserem Land "oben" keine Machthaber mehr haben werden.

Die Konferenz der Revisionisten in Brüssel

Im Zuge ihrer Kriegsvorbereitungen gegen China unternehmen die russischen Sozialimperialisten in letzter Zeit große Anstrengungen, um eine Weltkonferenz der revisionistischen Parteien zusammenzutrommeln. Dort wollen sie den Startschuß zu einer weltweiten, intensiven Hetze gegen die Volksrepublik China geben.

Eine Etappe zu diesem sozialimperialistischen Unternehmen sollte eine Konferenz der revisionistischen Parteien Westeuropas sein. Diese erwies sich - um es gleich vorwegzunehmen - als reiner "Rohrkrepierer". Keine der größeren Parteien hatte Lust, sich für die Aggressionspläne Moskaus verheizen zu lassen.

Was in Brüssel vor sich ging, ist mit einem Bemühen um die Quadratur des Kreises zu vergleichen. Einerseits wollten es sich die versammelten Revisionistenhäuptlinge nicht gänzlich mit Moskau verscherzen, andererseits wollten sie sich aber auch nicht den "friedlichen Weg" zu Ministersesseln im eigenen Land verrammeln. So kam nach langen Streitereien lediglich eine langatmige "Resolution" mit vielen "Einerseits" und "Anderseits" heraus.

Darin findet sich aber folgende Passage: "Die Parteien erstreben den Aufbau eines friedlichen, demokratischen und unabhängigen Westeuropa", das imstande wäre, sowohl "mit den USA als auch mit den sozialistischen Staaten eine friedliche Zusammenarbeit herbeizuführen, bei Respektierung der vollen Gleichheit der Rechte und Interessen der Völker..." Es ist dies eindeutig eine Konzession an starke Strömungen in Westeuropa, die die Revisionisten hier machen mußten, um ihr "Gesicht" zu wahren. Der Leser der "Prawda" oder anderer russischer Zeitungen wird aber vergeblich diese Stelle in dem Bericht über die Konferenz suchen. Ebensowenig diese Stelle, wo Unabhängigkeit und Gleichheit der Parteien zur Sprache kamen.

Diese Sätze gingen den Kreml-Herren ganz einfach nicht unter die Nase. Deshalb haben sie ganz einfach diese Stellen aus der Erklärung herauszensuriert.

Das ist vollkommen verständlich. Denn diese Herrschaften wollen weder ein unabhängiges noch demokratisches oder friedliches Westeuropa. Sie wollen ein zerstückeltes, zerstrittenes Europa, in dem jedes Land von ihnen unter Druck gehalten wird, und in dem es revisionistische Agenten gibt, die auf einen Pfiff aus dem Kreml die Massen in die von Moskau gewünschte Richtung marschieren lassen.

Das ist aber ein effektives "Traumziel". Das heißt, ein Ziel, das sie nur im Traum erreichen können. Dafür werden nicht die revisionistischen Parteien Europas, sondern die Völker selbst sorgen. ●

Ein Bericht aus Helsinki

Die Konsequenzen des Erdölvertrags, der am 24.I.1974 zwischen Finnland und der Sowjetunion abgeschlossen wurde, beginnen sich schwerstens auszuwirken. Durch diesen Vertrag wurde der Preis für russisches Erdöl an die Preise im Erdölhafen Rotterdam angeglichen. (Die Preise für Erdöl in Rotterdam werden von den internationalen Erdölmonopolen festgelegt! D.Red.)

Vom 25.I. an wurden von der finnischen Regierung der Benzinpreis um 25 Prozent und der Preis für Heizöl schwer um 180 Prozent erhöht. Vom 1.II. an wurde der Preis der Elektrizität für die Industrie um 35 bis 40 Prozent erhöht. Am 1.IV. wird der Preis für Haushaltsstrom um 35 bis 45 Prozent steigen.

Der finnische Ministerpräsident verglich die gegenwärtige Situation mit der Zeit nach dem 2.Weltkrieg, als Finnland Kriegsentschädigung an die Sowjetunion leisten mußte. Damals machten die gesamten Kriegsentschädigungen 2,5 Prozent des Nationalprodukts aus. Die "Erdölrechnung", die den Finnen jetzt von Rußland präsentiert wird, macht von einem gestiegenen Nationalprodukt jedoch 6 Prozent aus!

Das wirft ein klares Licht auf den räuberischen Charakter des Sozialimperialismus. "Schulter an Schulter" mit den Erdölmonopolen wird die Welt ausgeplündert. Dabei machen die Sozialimperialisten auch nicht vor Finnland halt, dessen politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland von den Kreml-Herren als "beispielgebend" angepriesen wird. Besonders uns Österreichern werden "solche Beziehungen" nahegelegt.

Da gibt es nur zu sagen: "Danke schön"! ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Er bemüht sich ... für die Unternehmer



Die Metastasen des niederländisch-multinationalen Philips-Konzerns wuchern bekanntlich in vielen Ländern. So auch in Österreich. Und zum österreichischen Generaldirektor dieses Konzerns sagte einst Minister Staribacher: „Sie, Herr Generaldirektor, haben auf die Gestaltung des österreichisch-niederländischen Handels mehr Einfluß als ich, der österreichische Handelsminister!" Womit Staribacher in erstaunlicher Selbsterkenntnis zugab, was so ein österreichischer Minister eigentlich ist: ein kleiner Gehilfe der großen Konzerne.

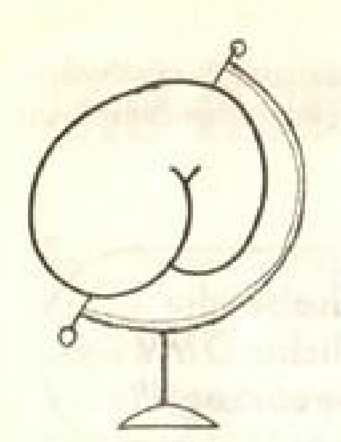
Dies allerdings nur zur Veranschaulichung der wahren Machtverhältnisse, denn ansonsten geht es uns gar nicht um Philips, sondern vielmehr um die Erdölgiganten, denen der Handelsminister ja ebenfalls zu Diensten steht. Diese Erdölgiganten wiederum, das sind erstens die (hauptsächlich amerikanischen) Firmen mit dem ganzen weitgesponnenen Tochtergesellschaften- und Tankstellennetz, und zweitens jene Privatleute, die (mit der ‚KPÖ' als stillem Teilhaber) vor allem aus Osteuropa importieren. „Als Handelsminister bin ich für sie mitverantwortlich", sagt dazu stolz der Josef Staribacher. Ach ja — eh' er's vergißt —, drittens ist er doch auch noch für die verstaatlichte ÖMV mitverantwortlich. Für jene ÖMV, der wir es verdanken, daß die von den Giganten künstlich geschaffene Krise bei uns nicht so wie in anderen Ländern zur wirklichen Krise wurde, jene ÖMV, die im größten Teil Österreichs während der Wintermonate sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung mit Treibstoff und Heizöl belieferte. Weiß der Herr Minister demnach die Bedeutung eines vom internationalen Kapital unabhängigen nationalen Betriebes zu schätzen? Offenbar nicht, denn einem bürgerlichen Reporter versichert er: „Ich habe die staatliche ÖMV nie bevorzugt!" Woraus wir entnehmen dürfen, daß er das auch künftighin nicht tut. Und trotzdem ist der Arme ungerechten Angriffen ausgesetzt, etwa im Parlament, wo ihm der ÖVP-Abgeordnete Graf vorwarf: „Sie können uns Unternehmer ja gar nicht richtig vertreten." Na, da begann es in den SPÖ-Bänken aber zu rumoren. „Unerhört!" bellten die Zwischenrufer, weil es anscheinend tatsächlich schon unerhört ist, einem „sozialistischen" Minister die rechte Unternehmergesinnung abzusprechen. Worauf Graf beschwichtigte: „Aber, meine Herren, Sie mißverstehen mich, ich meine das doch durchaus anerkennend. Der Herr Minister gibt sich ja Mühe . . ."

> „Warum will die österreichische Regierung die Geschwindigkeitsbeschränkung nicht aufheben?"
> „Damit es nicht noch schneller bergab geht."

> „Was geschieht, wenn ein österreichischer Minister in die Wüste geschickt wird?"
> „Dann wird der Sand teurer."

Er gibt sich wirklich Mühe. Großherzig beruhigte er die Konsumenten damit, daß er die höheren Preise für Benzin und Heizöl erst nach seiner Iran-Reise genehmigen werde, erhöhte die Preise dann aber überfallsartig schon vorher. Wieder ein Gutpunkt für ihn bei den Konzernen.

Arbeiter! Gegen soviel – drücken wir es vorsichtig aus – „nordische List" muß man sich wehren. Teuerung und Lohnsteuerprogression haben Eure letzte Lohnerhöhung längst wieder aufgefressen. Die Forderung nach einer Teuerungsabgeltung ist daher mehr als berechtigt – und das müßt Ihr auch Euren Betriebsräten klarmachen, denn diese sind ja schließlich dazu da, um die Arbeiterinteressen zu vertreten! ●



Die kapitalistische Welt ist wieder einmal am Ende

In zunehmendem Tempo steigen die Preise. Die von der herrschenden Klasse und ihrer Regierung geplante „schleichende" Inflation verwandelt sich immer mehr in eine galoppierende. Die kapitalistische Konkurrenz mit dem Streben nach immer höheren Profiten schafft in der Wirtschaft ein anarchistisches Chaos. Die wirtschaftlich Starken und Großen wollen die Kleinen und Schwachen fressen — „ohne Rücksicht auf Verluste". Die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems werden für den denkenden Menschen wieder einmal deutlich sichtbar. Sie zeigen, daß es für den arbeitenden Menschen in diesem System nur ein Leben voller Unsicherheit gibt, daß er der Willkür der Machthaber vollständig ausgeliefert ist, die mit ihm machen, was sie wollen, wenn es keine Gegenwehr gibt. Auf die Rücken der Werktätigen soll wieder einmal das Chaos der kapitalistischen Mißwirtschaft abgewälzt werden. Sie sollen ohne Murren die ständigen Preiserhöhungen hinnehmen, sie sollen in den Betrieben verstärkten Druck und steigende Antreiberei widerstandslos erdulden, deswegen droht man ihnen unverhüllt mit Kurzarbeit und Entlassungen usw.

Bei dieser Ausbeutung und Unterdrückung steht an führender Stelle der kapitalistische Staat. Der Finanzminister preßt aus den Arbeitnehmern riesige Steuersummen heraus. Direkt durch die Lohnsteuer, indirekt zum Beispiel durch die Mehrwertsteuer. Und die Regierung als Ganzes manifestiert sich erpresserisch, denn sie läßt ja immer wieder die „Mahnung" an die Arbeiterschaft erschallen, „alles ruhig hinzunehmen, denn es könne sonst nur schlechter werden".

Die Belastung der arbeitenden Bevölkerung ist in den letzten Monaten enorm gestiegen. Die offiziellen Preiserhöhungen auf dem Treibstoff- und Heizölsektor, bei Lebensmitteln, Strom usw., kosten einem Arbeiterhaushalt monatlich bereits einige hundert Schilling zusätzlich. Dazu kommen noch die „stillen" Preiserhöhungen auf allen Gebieten, die nur die Hausfrauen beim Einkaufen deutlich registrieren. Außerdem kommt hinzu die ständige Verschlechterung der Warenqualität, die auch ganz bewußt vorgenommen wird. Ist das doch eine glänzende Möglichkeit, den „Absatz zu heben". Und das alles wird in den kommenden Monaten verstärkt weitergehen, ist es doch sogar schon angekündigt.

Nun, wir arbeitenden Menschen können das alles widerspruchslos hinnehmen. Wir sollen aber nicht glauben, daß sich dann die Situation "beruhigt". Im Gegenteil, es wird noch ärger werden. Aber warum sollen wir das alles hinnehmen? Wir sind doch nicht schuld an dieser Misere. Sollen wir die ständigen Draufzahler sein, damit eine Handvoll Machthaber sich unermeßlich bereichern kann auf unsere Kosten?

Es ist Zeit, daß wir österreichischen Arbeiter endlich einmal ein entschiedenes Nein sagen. Nehmen wir uns ein Beispiel an unseren Klassenbrüdern im Ausland, die durch entschiedenen, einheitlichen Kampf ihre Interessen gegen die Angriffe des Kapitals verteidigen.

Die politische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Arbeiter aufgespalten sind in SPÖ-, ÖVP-, "K"PÖ-Mitglieder, in Parteilose usw. Aber wir haben eines gemeinsam: Wir stehen zusammen an der Werkbank, wir haben alle nichts anderes als unsere Arbeitskraft zu verkaufen, uns treffen alle Belastungen des kapitalistischen Systems gleichermaßen. Uns allen steht der gleiche Feind gegenüber. Es sind die Machthaber in diesem Staat, die Verursacher allen Übels, das uns gemeinsam trifft. Zu ihnen gehören die Unternehmer alter Prägung, wie wir sie ja aus der Vergangenheit kennen, zu ihnen gehören aber auch die mächtigen "neuen Herren", die wir die bürokratischen Kapitalisten nennen. Diese sitzen als Manager in der verstaatlichten Industrie, den verstaatlichten Banken, es sind dies die Politiker im Parlament und in den Interessensverbänden wie Industriellenverband und Wirtschaftsbund, aber auch Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammern. Diese Bonzen an der Macht haben ebenfalls etwas gemeinsam: Sie beherrschen uns arbeitende Menschen, sie verdienen Millionen an unserer Arbeit, sie dirigieren unser Leben. Indem sie sich als unsere "gewählten Führer" ausgeben, wollen sie den Klassengegensatz zwischen ihnen und uns verwischen, wollen sie uns spalten und irreführen. Diese neuen Machthaber und Bonzen finden wir in allen bestehenden Parteien, denn gegenwärtig gibt es keine wahre, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Diese muß erst geschaffen werden. Was die Bonzen sagen dient nur dazu, ihre Millionen auf unsere Kosten zu sichern. Auf sie weiterhin zu hören heißt, das moderne Sklaventum des arbeitenden Menschen zu verewigen.

Uns sagen diese Bonzen, eine Teuerungsabgeltung wäre derzeit nicht möglich. Sich selbst haben sie diese aber gesetzlich gesichert. Uns wollen sie jetzt wieder mit allen möglichen "Reformvorschlägen" vom sofortigen Kampf um Lohnerhöhungen abhalten, denn gewonnene Zeit ist für sie gewonnenes Geld. Das gilt aber auch für uns. Deshalb: Nicht mehr auf die Einflüsterungen der "Parteiführer" aller Schattierungen und ihre Lakaien hören. Organisieren wir uns als Arbeiter in den Betrieben zum gemeinsamen Kampf um unsere Interessen. Wenn wir uns dabei auf unseren Willen und unsere Kraft stützen, einheitlich vorgehen, werden wir auch erfolgreich sein! ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

für die volksmacht

"Für die Volksmacht" ist das Kampfblatt der revolutionären Arbeiter Österreichs. Und im Rahmen dieses Kampfblattes machen revolutionäre Bauern ein periodisch erscheinendes Flugblatt. Ein Kampfblatt, gemacht von revolutionären, werktätigen Bauern in ihrer karg bemessenen Freizeit, für die werktätigen Bauern! Denn wir haben keine freigestellten, bezahlten Funktionäre!

Die agrarpolitische Entwicklung in unserem Österreich läßt uns erkennen, daß mächtige Gruppen innerhalb unserer Gesellschaft ein Interesse haben am Ruin der Bauernschaft. Und hier vor allem wieder am Ruin der kleinen, mittleren und Bergbauern. Denn es erlauben uns die nicht produktionskostengerechten, entweder relativ sinkenden oder bestenfalls gleichbleibenden Erzeugerpreise für unsere Produkte beinahe mathematisch genau den Zeitpunkt auszurechnen, wann wir vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen. Denn gleichzeitig steigen andererseits jene Preise ständig, die wir für unsere Betriebsmittel, wie Maschinen, Traktoren, Düngemittel, Futtermittel, Treibstoff, Strom usw., zahlen müssen. Diese "Krot" wollen aber wir werktätigen, revolutionären Bauern nicht schlucken. Daher formieren wir uns zum Widerstand.

"Für die Volksmacht" ist als Instrument unseres Widerstandes gedacht. Wir revolutionären Bauern haben es erkannt, daß wir uns wehren müssen, wollen wir Bauern bleiben. Wir haben erkannt, daß wir Bauern selbst diesen Kampf führen müssen und wir wissen, daß diesen Kampf niemand "stellvertretend" für uns führen wird. Denn was sich da alles als unser "Interessensvertreter" ausgibt, ist zumeist korrumpiert und gekauft. Der Bauernkampf kann aber trotzdem geführt, kann angeleitet und es kann ihm auch eine Richtung gegeben werden, wie wir sie wünschen: Wenn wir werktätigen Bauernmassen diesen Kampf selbst führen.

Wir müssen den Kampf führen gegen diejenigen Mächte in unserer Gesellschaft, die uns Bauern feindlich gegenüberstehen. Das muß uns in Fleisch und Blut übergehen. Wir Bauern müssen unsere Feinde erkennen lernen, gleichzeitig aber auch unsere Freunde sehen. Wenn wir das nicht lernen, kann es passieren, daß wir Bauern unseren Kampf in die falsche Richtung lenken und dabei unweigerlich Niederlagen erleiden. Daher erachten wir es als eine wichtige Aufgabe unserer Zeitung, allen Erscheinungen, die Schuld am bäuerlichen Existenzleid haben, auf den Grund zu gehen und die wirklichen Zusammenhänge aufzuzeigen, das Kind beim Namen zu nennen. Wer auf Grund der gegebenen Tatsachen etwas zum Schaden von uns kleinen, mittleren und Bergbauern tut oder nicht tut, soll als das bezeichnet werden, was er ist: Ein Feind von uns! Wer auch immer davon betroffen sein wird, wir werden der objektiven Wahrheit zum Siege verhelfen. Weiters wollen wir der werktätigen Bauernschaft helfen, vorhandene, alte aber stumpf gewordene Bauernwaffen (z.B. Genossenschaften) wieder zu schärfen bzw. wieder zu entdecken. Wenn notwendig, wollen wir helfen, neue Waffen zu schmieden.

"Für die Volksmacht" kann die volle Wahrheit sagen. Denn sie wird weder von den "Mächtigen" unserer Gesellschaft subventioniert noch ist sie von Werbeinseraten seitens des Industrie-, Handels- und Finanzkapitals abhängig. Sie braucht keine diesbezüglichen Rücksichten walten zu lassen, denn sie stützt sich finanziell ausschließlich auf die Opferbereitschaft von revolutionären, werktätigen Menschen in Österreich. Auf niemanden sonst. Und sie spürt den Druck der herrschenden Klasse ganz gewaltig, aber sie kann und wird ihn ertragen. Welche Zeitschrift kann das heute noch von sich behaupten, mit Ausnahme revolutionärer Studentenzeitungen? Wir bekennen uns zum Grundsatz: Gut ist, was der werktätigen Bauernschaft und was den werktätigen Menschen dient. Wir solidarisieren uns mit jeder Aktivität in dieser Richtung, egal wer sie betreibt. Allerdings sind wir streng darauf bedacht, nur die Taten zu beurteilen, nicht Worte. Denn zwischen Worten und Taten kann ein Ozean liegen.

"Für die Volksmacht" ist ein Versuch, das herrschende Meinungsmonopol zu durchbrechen. Wir revolutionären Bauern haben erkannt, daß die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden und Mächtigen in



für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs. Erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark. Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–. Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

unserer Gesellschaft darstellt. Wir Bauern zählen bekanntlich nicht zu diesen "Mächtigen", sondern wir befinden uns in überwiegender Mehrheit auf der anderen Seite der Barrikade.

Radio, Fernsehen und Presse sind ein Spiegelbild der Meinung der Herrschenden. Dementsprechend wird auch die Politik im Sinne dieser Herrschaften geprägt. Egal ob es sich dabei um Handels-, Kultur-, Export-, Import-, Sozial- oder andere Arten von Politik handelt, der werktätige Bauer sitzt dabei eindeutig immer am kürzeren Hebel. Auf Grund dieses Meinungsmonopols der herrschenden Machthaber kommt es dazu, daß nicht nur andere werktätige Schichten in Österreich, die in Wirklichkeit zu unseren Freunden gehören müßten (wie z.B. die Betriebsarbeiter), bauernfeindlich informiert, das heißt, manipuliert werden, sondern es kommt zur Absurdität, daß wir Bauern auch nicht mehr wissen, ob wir "Mandl oder Weibl" sind. Daß wir oft gar nicht mehr wissen, ob wir auf unseren Beruf noch stolz sein können, als Bauern ausharren und Widerstand leisten sollen, oder ob wir uns deswegen "schämen" und aufgeben sollen.

"Für die Volksmacht" will versuchen, soweit es ihre kümmerlichen finanziellen Mittel erlauben, Licht in alle "dunklen Bereiche" unserer Agrarpolitik hineinzutragen. Denn erst das Erkennen der Wirklichkeit mit ihren wahren Zusammenhängen der Erscheinungen, mit denen wir werktätige Bauern konfrontiert werden, wird uns zu erfolgreichem Widerstand gegen die "Großen" befähigen, die uns feindlich gegenüberstehen.

"Für die Volksmacht" wird nicht von Leuten geschrieben, die sich besonders g'scheit vorkommen und die Bauern belehren wollen. Sie wird vielmehr von revolutionären Arbeitern und Bauern geschrieben, die aus vollem Herzen an die Kraft der werktätigen Bauernmassen glauben. Wir wollen nichts anderes tun, als die vielen richtigen Meinungen und die berechtigten Wünsche der Bauern zu sammeln, sie zu konzentrieren, um sie wieder geordnet den Bauernmassen zurückzugeben bzw. ins Bewußtsein zu bringen. Wir verstehen uns nur als "Sprachrohr" der Bauern, dessen Aufgabe es ist, der werktätigen Bauernschaft zu helfen, sich in ihrem Sinne zu organisieren. Zu ihrem Nutzen und zum Nutzen anderer werktätiger Schichten unseres Volkes. Sich in diesem Sinne zusammenzufinden, sich zu organisieren, das muß das Werk dieser Bauern selbst sein. Sie müssen es selbst wollen und als unbedingt notwendig erachten, sich zum Widerstand zu vereinigen.

"Für die Volksmacht" betrachtet es auch als ihre Aufgabe, alle ehrlichen Bauernführer für die Sache der Bauern zu gewinnen, zu mobilisieren. Dies zum Nutzen der werktätigen Bauernschaft. Sie wird aber jeder selbsternannten "bäuerlichen Avantgarde" den Kampf ansagen. Allen Karrieristen und Korrumpierten, die sich als sogenannte "Bauernführer" etabliert haben, die selbstherrlich die Schalthebel der bäuerlichen Institutionen bedienen, bewußt oder unbewußt zu unserem Schaden. Wir werden alle die von der Wahlgunst des Augenblicks oder dank besonderer demagogischer Fähigkeiten nach "oben" getragenen Bauernführer besonders scharf unter die Lupe nehmen. Unser Kampfblatt wird der werktätigen Bauernschaft bewußt machen, daß alle diese negativen sogenannten "Bauernführer" nur scheinbar "groß" und "mächtig" sind; daß alle diese auf irgendeine Art nach "oben" geblasenen "Bauernführer" nichts anderes sind als aufgeblasene Bauernkirchtagsluftballone. Bäuerliche Nadelstiche in Form eindringlicher Untersuchung und Befragung, was diese Elemente eigentlich für uns leisten, werden sie einen nach dem anderen zum Platzen bringen. Sie werden übrig bleiben als ein armseliges Häufchen Nichts.

Die Funktion unseres Kampfblatts soll die der Nadel in den schwieligen Händen der werktätigen Bauern sein. Darum geben wir es heraus, zum Nutzen dieser Bauernschaft.

"Für die Volksmacht" kann nur dann eine scharfe Waffe in den Händen der werktätigen Bauern sein, wenn ihre Bereitschaft und ihr Wille vorhanden ist mitzumachen. Eine von vielen Arten mitzumachen ist, uns von Mißständen im Dorf, in den Genossenschaften usw. zu berichten. Eine andere ist es, unsere Zeitschrift zu abonnieren. Eine Art von "Mitmachen" im revolutionären Bauernkampf ist es auch, innerhalb eurer bestehenden Bauernorganisationen mit dem FRAGEN zu beginnen. Warum, weshalb, für wen, warum nicht? Viele Fragen können wir an unsere sogenannten "Bauernführer", von der Ortsebene angefangen, über Bezirks- und Landesebene bis hinauf zur Bundesebene, stellen, was sie eigentlich an Positivem wirklich für uns machen. Wenn wir dann darüber nachdenken, werden wir draufkommen: Eigentlich herzlich wenig, eigentlich nichts Entscheidendes.

Mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen!

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Öster[illegible]hs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert [illegible], 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien



Ist es eine eintönige Wiederholung, wenn wir feststellen, daß die Situation für die revolutionäre Weltbewegung ausgezeichnet ist? Keineswegs, denn Woche für Woche zeigen sich dafür immer neue Beispiele. Es ist diese Feststellung auch keineswegs eine Negierung der Gesetzmäßigkeiten im revolutionären Kampf, der in einem Zickzackweg verläuft, in dem es neben großen Siegen auch Rückschläge gibt. Tatsächlich zeigt sich eben immer wieder, daß die Hauptströmung heute die Revolution ist.

International gesehen führen die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten USA und Rußland untereinander sowie zwischen ihnen und den anderen imperialistisch-kapitalistischen Ländern, vor allem aber der Widerspruch zwischen Kapitalismus-Imperialismus einerseits und den unterdrückten Volksmassen und Nationen andererseits immer wieder zu neuen Erfolgen der Länder der Dritten Welt und der Volksmassen.

Die Kollaboration der amerikanischen Imperialisten mit den russischen Sozialimperialisten betreffs ihrer Hegemoniebestrebungen und Aufteilung der Welt in ihre Interessenssphären leidet an der unausbleiblichen, stets wachsenden Konkurrenz zwischen ihnen, und sieht sich auch dem zunehmenden Widerstand mittlerer kapitalistischer Staaten - vor allem in Westeuropa, aber auch Japans - gegenüber.

Die Machtausübung über die Länder ihrer gegenseitig zugestandenen Einflußsphären gestaltet sich für die beiden Supermachte immer schwerer. Und an der ideologischen Front beweist das chinesische Volk in der Durchführung der sozialistischen Revolution auf allen Gebieten, daß die werktätige Menschheit, die unterdrückten Volksmassen, eine glänzende Perspektive vor sich haben, sobald sie die politische Macht in die eigenen Hände nehmen.

Die amerikanischen Imperialisten trachten, die Erhöhung der Weltmarktpreise bei Erdöl für ihre Interessen auszunützen. Sie wollen dabei ihre triste wirtschaftliche Situation mit einer "währungspolitischen Stärkung" des Dollars übertünchen, um ihr "westliches Lager" wieder fest an ihre Wünsche und Absichten zu ketten. Es ist ihre Absicht, so einen von ihnen kommandierten Block dann als Druckmittel gegen die Länder der Dritten Welt zu benützen, die nicht länger gewillt sind, ihre Rohstoffe unter Druck billigst hergeben zu müssen. Gleichzeitig stellen die USA-Imperialisten an westeuropäische Länder - vor allem an Westdeutschland - riesige Geldforderungen, um die "Stationierungskosten" ihrer Truppen in Europa "zu dekken". Ihre "Drohung mit dem Truppenabzug" soll diese Länder gefügig machen. So wollen sie die Angst vor dem zweiten Weltgendarmen - dem russischen Sozialimperialismus -, der natürlich nur allzugerne die Herrschaft über ganz Europa antreten will und dessen Absichten auch eine reale Gefahr für die Völker Europas sind, für ihre Macht- und Herrschaftspläne ausnützen.

Unter der Bezeichnung "Energiekonferenz" haben sie jetzt einen Versuch gestartet, diese Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie sind dabei auf entschiedenen Widerstand - vor allem Frankreichs - gestoßen. Und obwohl sie geschickt versuchten, die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen westeuropäischen Länder für sich auszunützen, werden sie keinen Erfolg haben. Denn bezüglich Energie und Rohstoffe haben sich bereits die Länder der Dritten Welt zu Wort gemeldet: Ohne sie - oder vielleicht gar gegen sie - kann es keine "Vereinbarung" darüber geben. Sie stellen die Forderung auf, daß darüber weltweit und im Rahmen der UNO gesprochen werden soll, vor allem auf der Basis der Gleichberechtigung. Die Volksrepublik China hat diese Forderung sofort unterstützt. Mittlerweile ist das bereits eine beschlossene Sache.

Die russischen Sozialimperialisten versuchen ihr "Glück" mittels massiver Drohungen zu erzwingen. Sie reden zwar immerfort von "Entspannung" und "Abrüstung", rasseln dabei aber auch ununterbrochen mit dem

Säbel militärischer Erpressung. Ihr "Entspannungs"gerede soll die Wachsamkeit der Völker und Länder Westeuropas einschläfern, andererseits "warnen" sie stets davor, daß man sich hüten möge, ihre "friedlichen Absichten" nicht ernst zu nehmen. Denn sie "könnten auch anders", ist der Tenor ihrer Äußerungen gegen immer mehr aufkommende Tendenzen, die "Truppenabrüstungsgespräche" in Wien und die "Europäische Sicherheitskonferenz" in Genf nicht nach ihrem Willen ablaufen zu lassen, sondern nach den Vorstellungen von daran beteiligten Ländern. Die russischen Sozialimperialisten sehen sich ferner einer Situation gegenüber, in der sie die Rolle von "hilfsbereiten Freunden" gegenüber den Ländern der Dritten Welt nicht mehr aufrecht halten können, weil einerseits ihre Wirtschaft auf eine gigantische militärische Aufrüstung ausgerichtet ist, sie deshalb außer Phrasen nichts zu bieten haben, es sei denn, ausgesprochene imperialistische Ausbeutung. Andererseits stehen sie im Inneren auf äußerst morschen Grundlagen. Der russische Chauvinismus treibt arge Blüten, was die Lenin-Stalinsche Nationalitätenpolitik völlig zunichte machte und nationalistische Strömungen in allen Unionsrepubliken hervorruft. Die Propaganda der Kreml-Herren läuft daher darauf hinaus, die Schuld an den Mißständen in Rußland allen und jeden zu geben, um das Volk für einen imperialistischen Krieg reif zu machen. Sie werden auch dabei scheitern, denn im sowjetischen Volk läßt sich das sozialistische Gedankengut auch nicht mehr ausrotten. In Anbetracht ihrer Lage sind die russischen Sozialimperialisten zu allem fähig. Es gilt daher ihnen gegenüber besonders wachsam zu sein.

Daß die russischen Sozialimperialisten seit langem alle Vorbereitungen treffen, um die Volksrepublik China zu überfallen, sieht jeder, der nicht mit Blindheit geschlagen ist. Nun, das chinesische Volk ist darauf vorbereitet, das weiß man auch in Moskau. Dort weiß man auch um die imperialistische Konkurrenz der USA und des Monopolkapitals in Westeuropa. Zwecks Rückendeckung ist daher die "Bereinigung der Situation in Europa" ein Anliegen der Militärstrategen des Kreml. Noch dazu, wo man der Meinung ist, das wäre eine "einfache Sache", weil die westeuropäischen Länder ohnedies zerstritten sind und ihre widersprüchlichen Interessen jede Einigung gegen einen Angriff vom Osten verhindern würde. Wenn da noch nachgeholfen wird durch "wirtschaftliche Angebote" an den einen oder anderen Staat, könnte man noch leichter ans Ziel kommen, mag man in Moskau denken. Die Rechnung geht aber nie auf, wenn man sie ohne den Wirt macht. "Wirt", das sind in diesem Falle die Völker Westeuropas, die auch lernen werden, klar zu sehen. Das heißt, daß auch die Völker Westeuropas beginnen werden - weil sie es müssen -, sich auf ihre eigene Kraft und ihre Interessen zu besinnen. Über die Gegensätze ihrer kapitalistischen Machthaber hinweg muß in den Völkern Westeuropas eine klare Linie verankert werden. Dabei richtungsweisend an der Spitze zu marschieren, ist eine wichtige Aufgabe der marxistisch-leninistischen Gruppen und Organisationen.

Auch in Österreich ist die Situation ausgezeichnet. Oder ist es etwa schlecht, daß wir erleben, wie die herrschende Klasse einen Purzelbaum nach dem anderen schlägt, weil sie nicht mehr weiß, wie das Volk wirksam zu belügen und zu betrügen ist? Ist es schlecht, wenn ein Gewerkschaftsboß Benya zugeben muß, daß er den "Druck von unten", den Druck der arbeitenden Menschen erwartet, die für ihre Interessen eintreten werden? Ist es schlecht, wenn SP-Vorsitzender und Regierungschef Kreisky die Finanzierung der Parteien durch den Staat offerieren muß, weil von den "Hörigen" nicht mehr genug Geld dafür zu bekommen ist? Ist es schlecht, wenn derselbe Kreisky zugeben muß, daß das "Parteivolk", also vor allem arbeitende Menschen, nicht mehr "mir nichts, dir nichts" die Einflüsterungen von oben zur Kenntnis nimmt? Daß Kreisky gar nichts "dagegen hat", wenn eine zweite, dritte und sogar eine vierte Partei da ist, die Wähler für sich "gewinnen" soll, nur um sie bei der - kapitalistischen - Stange zu halten? Wobei vor allem die "Vierte" das entscheidende Moment darstellt. Denn Kreisky meint damit die "K"PÖ, die er und mit ihm die herrschende Klasse braucht, um weiterhin das Volk beherrschen zu können. Schafft er aber damit nicht auch Klarheit unter der werktätigen Bevölkerung? Selbstverständlich macht er das. Das ist ja die Fessel, der kapitalistische Machthaber nicht ledig werden können. Indem sie ihre Absichten bekannt geben müssen, demaskieren sie sich gleichzeitig für denjenigen, der nachzudenken versteht. Mit dem Wohlwollen der "vierten Partei" gegenüber stellt Kreisky klar, daß die "K"PÖ auf dem Boden des Kapitalismus marschiert und für dessen Aufrechterhaltung gegenwärtig den "linken Flügel" zu spielen hat. Das kann doch

ebenfalls nicht schlecht sein? Werden doch sowohl ehrliche Kommunisten das Wesen der "K"PÖ-Führer leichter durchschauen können als auch die Arbeiter in den Betrieben noch weniger der Höchstädtplatz-Demagogie auf den Leim gehen.

Um die ausgezeichnete Lage für die revolutionären Kräfte in Österreich zu charakterisieren gäbe es noch genug Beispiele. Wir könnten von den Erfolgen unserer steigenden Aktivität in Wien, vom erfolgreichen, aufopferungsvollen Kampf unserer Genossen in den Bundesländern berichten usw. Hervorheben wollen wir aber doch als markantes Beispiel den großen Sieg, den die marxistisch-leninistischen Studenten bei den Hochschulwahlen errungen haben.

Es ist aber festzustellen: Wir begehen oftmals den Fehler, viele Kleinigkeiten nicht zu sehen, die als Erfolge unserer Tätigkeit anzusehen sind. Indem wir große Ziele anstreben, übersehen wir die vielen kleinen Schritte in dieser Richtung. Das kann dazu führen, daß Genossen schwach werden oder an der Richtigkeit der Linie zweifeln.

Es besteht durchaus keine Ursache, selbstgefällig oder überheblich zu werden, wenn wir solche Feststellungen treffen. Es besteht aber auch absolut kein Grund, ins Gegenteil zu verfallen. Was wir brauchen ist stets die klare Einschätzung der Situation. Und diese ist, wie gesagt, ausgezeichnet. Wir haben uns nie gescheut, entsprechend dem Prinzip von Kritik und Selbstkritik, begangene Fehler einzugestehen und zu korrigieren. Wir brauchen dort nicht zaghaft zu sein, wo wir auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu Einschätzungen kommen, die in den Massen der arbeitenden Bevölkerung noch nicht so verankert sind wie in uns.

"Habt Mut zu kämpfen und zu siegen", rief Genosse Mao Tsetung den Völkern der Welt zu. Es ist dies eine Losung, die wir als ein Element unserer kämpferischen Grundlagen betrachten - stets betrachten müssen -, die wir aber auch in die österreichische Arbeiterschaft als eine Quelle der Kraft tragen müssen.

In den wenigen Jahren ihrer Existenz hat die VRA (ML) schon viele wichtige Aufgaben erfüllt. Die gewaltigsten stehen noch vor uns. Nehmen wir sie in verstärktem Maße in Angriff.

(Aus einem Referat auf der Mitgliederversammlung Mitte Februar)

Die  serviert Märchen

Wer die „Volksstimme" liest, der erfährt dort, daß es in Rußland keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit gebe, keine Antreiberei in den Betrieben und so weiter. Die rauhe Wirklichkeit sieht aber ein bißchen anders aus.

So wurden allein 1970 in Rußland über 6 Millionen Arbeiter entlassen — „im Zuge der Rationalisierung", wie es so schön hieß. Und die Kampagnen, welche in den russischen Betrieben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität geführt werden, sind nichts anderes als eine Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter. Die Steigerung des Arbeitstempos soll den bürokratischen Kapitalisten größere Profite bringen. Den Arbeitern gegenüber motiviert man dies mit der „Politik des materiellen Anreizes". Tatsächlich aber wird damit der Egoismus gefördert und klassenbewußtes, sozialistisches Solidaritätsdenken verhindert. So hoffen die neuen kapitalistischen Machthaber ihre Basis festigen zu können.

Es stellt sich also heraus, daß in der angeblich „sozialistischen" Sowjetunion die gleichen Verhältnisse wie in den kapitalistischen Ländern Westeuropas zu finden sind. Das zeigte auch ein Beispiel aus Turin in Italien. Als nämlich die dortigen Fiat-Arbeiter gegen die Hinaufsetzung des Fließbandtempos protestierten, erklärte die Firmenleitung, daß die russischen Arbeiter in den Fiat-Werken von Togliattigrad schon längst bei höherer Bandgeschwindigkeit arbeiten müssen. Und wenn das in der „sozialistischen" UdSSR ginge, so argumentierte die Firmenleitung, warum dann nicht auch in Italien? (Die darob belämmerten Gesichter der sonst so wortgewaltigen revisionistischen Gewerkschaftsführer wären sicher sehenswert gewesen.)

Die „Volksstimme" betrügt also die Arbeiter, wenn sie von „Errungenschaften" der Arbeiter in Rußland erzählt. Und sie schadet den Interessen der Arbeiterklasse, wenn sie etwas als „sozialistisch" ausgibt, was in Wahrheit ein Paradies für die in- und ausländischen Ausbeuter ist.